

Unterrichtung

durch den Präsidenten des Landtags

Aktuelle Stunde

Die Fraktion des BSW hat mit Schreiben vom 4. März 2026 eine Aktuelle Stunde zum Thema

„Den Schutz des Zugbegleitpersonals und der Reisenden stärken – Konsequenzen aus dem tödlichen Angriff auf einen Zugbegleiter und den Risiken auch für Thüringer Bahnstrecken ziehen“

beantragt.

Begründung:

Infolge des kürzlich erfolgten tödlichen Angriffs auf einen Zugbegleiter bei einer Fahrkartenkontrolle auf einem Regionalexpress zwischen Landstuhl (Rheinland-Pfalz) und Homburg (Saarland), bei dem ein 36-jähriger Bahnmitarbeiter durch einen Fahrgast so schwer verletzt wurde, dass er später verstarb, ist eine bundesweite Debatte über die Sicherheit des Zugpersonals entbrannt.

Dieser tragische Vorfall macht deutlich, dass Beschäftigte und auch Reisende im öffentlichen Personennahverkehr nicht ausreichend vor Gewalt und Übergriffen geschützt sind – eine Problemlage, die auch in Thüringen relevant ist. Insbesondere auf den Strecken Suhl–Erfurt oder Hof–Gera–Leipzig kommt es immer wieder zu kritischen Situationen, in denen Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter vor allem abends oft allein unterwegs sind und in Konfliktsituationen nur unzureichend geschützt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es Aufgabe des Landes, gemeinsam mit dem Bund, der Deutschen Bahn und den Verkehrsverbünden zu prüfen, wie der Schutz von Zugbegleiterinnen und Zugbegleitern sowie der Reisenden verbessert werden kann – etwa durch die verbindliche Doppelbesetzung in Regionalzügen, verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal (unter anderem der Bundespolizei in den Zügen und abgestimmte Zusammenarbeit von Bundes- und Landespolizei in Bahnhöfen und um Bahnhöfen), technische Schutzmaßnahmen, verbesserte Schulungs- und Deeskalationsangebote sowie präventive Ansätze zur Verhinderung von Gewalt im Bahnverkehr.

In all diesen Fragen ist ein leistungsfähiger und funktionierender Staat mit einer sichtbaren Präsenz im öffentlichen Raum wichtig, um Straftaten vorzubeugen und konkrete Probleme der Mitbürgerinnen und Mitbürger

in den Mittelpunkt zu rücken. Der Staat muss seine soziale Verantwortung gegenüber dem Zugpersonal wie auch dem Tram- und Buspersonal sowie den Fahrgästen wahrnehmen.

Dr. Thadäus König
Präsident des Landtags